

Stadt Heidelberg

Drucksache:
0033/2016/IV

Datum:
16.02.2016

Federführung:
Dezernat III, Amt für Soziales und Senioren

Beteiligung:
Dezernat II, Gebäudemanagement

Betreff:

**Unterbringung von Menschen auf der Flucht in
Heidelberg / Standort "Im Weiher"**

Informationsvorlage

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 21. März 2016

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Kenntnis genommen:	Handzeichen:
Bezirksbeirat Hand- schuhsheim	10.03.2016	Ö	() ja () nein () ohne	

Zusammenfassung der Information:

Der Bezirksbeirat Handschuhsheim nimmt diese Information zur Kenntnis.

Finanzielle Auswirkungen:

Bezeichnung:	Betrag:
Ausgaben / Gesamtkosten:	
Derzeit noch nicht absehbar	
Einnahmen:	
Derzeit noch nicht absehbar	
Finanzierung:	
Derzeit noch nicht absehbar	

Zusammenfassung der Begründung:

Die Verwaltung informiert den Bezirksbeirat Handschuhsheim mit dieser Vorlage über die Unterbringung von Menschen auf der Flucht am Standort „Im Weiher“.

Sondersitzung des Bezirksbeirates Handschuhsheim vom 10.03.2016

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Bezirksbeirates vom 10.03.2016

1 Unterbringung von Menschen auf der Flucht in Heidelberg / Standort „Im Weiher“ Informationsvorlage 0033/2016/IV

Bürgermeister Dr. Gerner führt in die Thematik ein und erläutert ausführlich den Inhalt der Vorlage. Er geht dabei insbesondere auf die Ausgangslage, die derzeitige Situation in Heidelberg, die Suche nach Standorten und die Flüchtlingsstrategie 2017 ein. Abschließend gibt er einen kurzen Überblick über die Standortwahl, die Architektur und das Baurecht.

Danach gehen Frau Hirschfeld, Leiterin des Gebäudemanagements, und Frau Haas-Scheuermann, Leiterin des Amtes für Soziales und Senioren, anhand einer PowerPoint-Präsentation detailliert auf den Standort „Im Weiher“ ein.

Frau Hirschfeld stellt ausführlich den Grundriss, die verschiedenen Ansichten und Querschnitte beziehungsweise die Bauweise des Gebäudes dar. Danach geht Frau Haas-Scheuermann auf bereits vorhandene Standorte im Stadtgebiet, das Betreuungs- und Sicherheitskonzept für die neuen Standorte und die ehrenamtlichen Strukturen in den Stadtteilen ein. Zuletzt weist sie auf die Internetseite www.heidelberg-fluechtlinge.de hin, auf der man auch wichtige Links zum ehrenamtlichen Engagement finden könne.

Herr Hornung, stellvertretender Leiter des Amtes für Baurecht und Denkmalschutz, ergänzt noch einige Informationen hinsichtlich des Baurechts.

In der folgenden Aussprache haben sowohl die Mitglieder des Bezirksbeirates als auch die anwesenden Bürgerinnen und Bürger (in einer Sitzungsunterbrechung von 20:18 bis 20:57 Uhr) die Möglichkeit, sich zu diesem Thema zu äußern.

Trotz einiger Bedenken – beispielsweise wegen der Sicherheit der Bürgerschaft – ist die Stimmung hinsichtlich der Unterbringung von Menschen auf der Flucht am Standort „Im Weiher“ grundsätzlich positiv.

Seitens des Gremiums und der Bürgerschaft werden Fragen gestellt, die von Bürgermeister Dr. Gerner und den anwesenden Vertretern der Verwaltung hinlänglich beantwortet werden.

Zum Ende der Sitzung hin stellt Bezirksbeirätin Müller-Reiss folgenden **Antrag**:

Der Bezirksbeirat Handschuhsheim bittet den Oberbürgermeister zu prüfen, wieviel Wohnraum in den Liegenschaften der Gesellschaft für Grund- und Hausbesitz mbH (GGH), insbesondere in der „Blauen Heimat“ und in der Rottmannstraße / Steubenstraße für eine Unterbringung schon während des Asylverfahrens und vor allem für die Anschlussunterbringung von Flüchtlingen bereitgestellt werden kann.

Den Antrag begründet sie wie folgt: „Flüchtlinge, deren Asylverfahren angelaufen ist, haben grundsätzlich ein Bleiberecht für mindestens zwei Jahre und erhalten vielfach eine Aufenthaltsgenehmigung. Es ist sinnvoll, sie nicht in Sammelunterkünften unterzubringen, sondern ihnen von Anfang an die Teilhabe am alltäglichen Leben hier zu ermöglichen. Nach Abschluss des Asylverfahrens sollen sie sich eigenständig eine Wohnung suchen. Bei dem angespannten Wohnungsmarkt und dem Mangel an bezahlbarem Wohnraum in Heidelberg wird sich der Aufenthalt in der Sammelunterkunft sicherlich über die Dauer des Verfahrens hinaus verlängern. Auch deshalb sollte angestrebt werden, diese Menschen in Wohnungen mit der Option des Übergangs in ein reguläres Mietverhältnis unterzubringen.“

Über den **Antrag** wird mit folgendem Ergebnis abgestimmt:

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen
bei 1 Gegenstimme und 6 Enthaltungen**

Es ergeht folgender Arbeitsauftrag:

Der Bezirksbeirat Handschuhsheim bittet den Oberbürgermeister zu prüfen, wieviel Wohnraum in den Liegenschaften der Gesellschaft für Grund- und Hausbesitz mbH (GGH), insbesondere in der „Blauen Heimat“ und in der Rottmannstraße / Steubenstraße für eine Unterbringung schon während des Asylverfahrens und vor allem für die Anschlussunterbringung von Flüchtlingen bereitgestellt werden kann.

gezeichnet
Dr. Joachim Gerner
Bürgermeister

Ergebnis: Kenntnis genommen mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

Begründung:

1. Ausgangslage

Derzeit befinden sich weltweit knapp 60 Millionen Menschen auf der Flucht. Dies ist die höchste Zahl, die jemals von UNHCR verzeichnet wurde.

Dadurch sind auch die Flüchtlingszahlen in der Bundesrepublik drastisch gestiegen. Laut Asylstatistik des Bundes für 2015 kamen im vergangenen Jahr rund 1,1 Millionen Menschen nach Deutschland. Dies ist die höchste Zahl von Asylbewerberzugängen, die jemals in Deutschland verzeichnet wurde.

Innerhalb Deutschlands werden die Geflüchteten nach dem so genannten Königsteiner Schlüssel, der sich anhand von Bevölkerungszahl und Steuereinnahmen berechnet, auf die Bundesländer verteilt. Danach muss Baden-Württemberg 12,86456 % der ankommenden Menschen aufnehmen und liegt damit an dritter Stelle unter den Bundesländern (NRW: 21,21010 %, Bayern: 15,51873 %). Bei 1,1 Mio geflüchteter Menschen in Deutschland im Jahr 2015 bedeutete dies rund 141.500 Personen für Baden-Württemberg.

Innerhalb von Baden-Württemberg werden die Geflüchteten nach einer Zuteilungsquote auf die Stadt- und Landkreise verteilt, die sich aus dem Bevölkerungsanteil des jeweiligen Stadt- oder Landkreises an der Bevölkerung des Landes errechnet. Die Quote für Heidelberg liegt danach bei etwa 1,5 %. Bei og. Ausgangslage wären 2015 in Heidelberg ca. 2.120 Menschen auf der Flucht unterzubringen gewesen.

2. Situation in Heidelberg

Aktuell sind in Heidelberg knapp 550 Geflüchtete im Stadtgebiet untergebracht. Von weiteren Zuweisungen ist die Stadt auf Grund der zentralen Registrierungsstelle in Patrick-Henry-Village (PHV) seit April 2015 befreit.

Da davon ausgegangen werden muss, dass diese Befreiung durch die Landesregierung in absehbarer Zeit teilweise oder ganz aufgehoben wird, ist es zwingend notwendig, die Zeit bis dahin zu nutzen, um neue Standorte für die Unterbringung von Flüchtlingen in allen Stadtteilen zu erschließen. Ansonsten droht auch in Heidelberg eine Unterbringung der Menschen in Sporthallen und ähnlichen Großeinrichtungen.

Um auf die Herausforderungen im Rahmen der Unterbringung von geflüchteten Menschen als Stadt angemessen reagieren zu können, hatte der Gemeinderat bereits am 08.10.2015 beschlossen, die Befugnisse des Oberbürgermeisters in finanziellen Angelegenheiten auszuweiten und bisherige finanzielle Zuständigkeiten des Bau- und Umweltausschusses, des Haupt- und Finanzausschusses sowie des Gemeinderats für den Themenbereich „Unterbringung, Versorgung und Betreuung von Flüchtlingen“ nach der Hauptsatzung für einen befristeten Zeitraum (bis 31. Dezember 2016) auf den Oberbürgermeister zu übertragen. Inbegriffen ist dabei die Konzeption und Umsetzung von Maßnahmen zur dezentralen Unterbringung von Flüchtlingen im Rahmen der Anschlussunterbringung im Stadtgebiet (zum Beispiel Kauf oder Anmietung geeigneter Objekte einschließlich deren Ertüchtigung). (Drucksache 0282/2015/BV).

Ebenfalls in dieser Sitzung hat der Gemeinderat dem Vorschlag der Verwaltung zugestimmt, die Prüfung bestimmter Standorte für Flüchtlingsunterkünfte in den Stadtteilen auf einer bis dahin erstellten Vorhabenliste weiter zu verfolgen.

3. Suche nach neuen Standorten

Entscheidend für eine gelingende Integration ist die Einbindung in die vorhandenen Strukturen der Stadtgesellschaft und damit verbunden der zügige Spracherwerb. Soziale Durchmischung sichern und Segregation vermeiden ist das Leitbild für ein aktives und solidarisches Stadtleben, dem sich die Stadt Heidelberg nach wie vor verpflichtet fühlt. Wenn man die vorhandenen Strukturen in der Stadt mit dieser Aufgabe nicht überfordern will, kann dies nur durch eine stadtweite Verteilung der Standorte gelingen.

Deshalb hat die Stadt im vergangenen Jahr damit begonnen, in allen Stadtteilen in Frage kommende Standorte (unbebaute Grundstücke, Plätze, bestehende Gebäude und Wohnungen) zu untersuchen und in einem strukturierten Verfahren auf der Basis von Geeignetheit und Verfügbarkeit u.ä. zu bewerten. Auch die Kostenfrage für die Entwicklung eines Standortes und die Möglichkeit, Fördergelder für einen Neubau oder Sanierungsarbeiten zu beantragen, spielten bei der Entscheidung eine Rolle.

Auf Basis dieser Prüfungsergebnisse wurden die Standorte nach 3 Prioritäten kategorisiert, 14 Standorte wurden mit der Priorität 1 klassifiziert, darunter auch der Standort „Im Weiher“ in Handschuhsheim.

Bei einer Sonderveranstaltung am 7. Dezember 2015 wurden alle Bezirksbeiräte und Stadtteilvereine über diese Standortliste informiert. Am 10. Dezember 2015 hat der Gemeinderat ein entsprechendes Konzept zustimmend zur Kenntnis genommen. Demnach sollen jetzt Zug um Zug diese 14 Standorte in den Stadtteilen entwickelt werden. Die Stadt Heidelberg wird vor Baubeginn der einzelnen Unterkünfte im jeweiligen Stadtteil in einer öffentlichen Sitzung des Bezirksbeirates über die geplanten Vorhaben informieren.

Der erste Standort, der konkret in die Entwicklung gehen wird, ist der Standort „Im Weiher“ in Handschuhsheim. Hier sollen Häuser in Leichtbauweise entstehen, die auch länger als zwei bis drei Jahre genutzt werden können und Platz bieten für etwa 100 Menschen. Voraussichtlicher Baubeginn ist im April, Fertigstellung ist für Ende Juni geplant.

In der Sitzung des Bezirksbeirates Handschuhsheim am 10. März 2016 wird die Verwaltung über die konkreten Planungen informieren.

Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziele:
QU 6	+	Integration und interkulturelles Leben konstruktiv gestalten, ausländische Einwohner/innen als gleichberechtigte Bürger/innen anerkennen, ethnische und religiöse Heterogenität berücksichtigen
WO 4	+	Verdrängungsprozesse verhindern
SOZ 1	+	Armut bekämpfen, Ausgrenzung verhindern
KU 1	+	Kommunikation und Begegnung fördern

Begründung:
Zielerreichung durch zusätzliche Standorte für die Flüchtlingsunterbringung in allen Stadtteilen; keine Konzentration in bestimmten Stadtteilen, um die vorhandenen Strukturen nicht zu überfordern und die Integration zu erleichtern.

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

Keine

gezeichnet
Dr. Joachim Gerner